

## AKTUELLES ZUR SCHULDENSITUATION

## WER ZAHLT DIE ZECHEN?

Auf einem Treffen der mosambikanischen Regierung mit Gläubigern im März konnte keine Einigung erzielt werden. Der Beitrag schildert die aktuellen Entwicklungen in Bezug auf die illegalen Schulden und greift die Kritikpunkte der mosambikanischen Zivilgesellschaft bezüglich der von der Regierung ausgearbeiteten Optionen auf.

Von Monika Orlowski

**A**m 20. März 2018 fand in London ein erstes Treffen einer Gruppe ausländischer Gläubiger mit einer Delegation der mosambikanischen Regierung statt. Die Regierung hatte das Treffen über die Finanzberatungsagentur White & Case initiiert, mit dem Ziel, die illegal aufgenommenen Schulden von 2,2 Mrd. US-Dollar und die darauf bereits aufgelaufenen Zinsen und Zahlungsrückstände von 636 Mio. US-Dollar neu zu verhandeln. Die Gruppe repräsentiert die Mehrheit (80 Prozent) der Halter der Eurobonds und Kreditverschreibungen. Die Kredite waren ohne die notwendige Zustimmung des Parlaments unter der ehemaligen Regierung Guebuza für die dafür eigens gegründeten halbstaatlichen Firmen Ematum, ProIndicus und MAM auf dem internationalen Geldmarkt aufgenommen worden. Die Verwendung der Gelder ist trotz internationalem Audit bis heute nicht vollständig geklärt (siehe ausführliche Artikel zur Schuldenkrise in Rundbrief 93 und 94 von Jürgen Kaiser und in Rundbrief 95 von Gottfried Wellmer). Die Aufdeckung der illegalen Schulden im April 2016 hat seitdem zu einem rapiden Währungsverfall geführt und zu der schweren Wirtschaftskrise beigetragen, in der sich das Land derzeit befindet. Da die aufgelaufenen Zinsen und fälligen Rückzahlungsraten weder von den halbstaatlichen Firmen noch vom Staat als Bürge bedient werden konnten, wurde die Kreditwürdigkeit Mosambiks von den internationalen Ratingagenturen auf Ramschniveau herabgestuft. Ohne Einigung mit dem IWF, der auf die Offenlegung der Verwendung der Gelder besteht, wird Mosambik bis auf weiteres jeder Zugang zu kommerziellen Krediten versagt bleiben.

## DREI OPTIONEN

Das Finanzministerium hatte mit Hilfe zweier internationaler Finanz- und Rechtsberatungsfirmen (White & Case LLP und Lazard Reeres SAS) ein detailliertes Diskussionspa-

pier ausgearbeitet mit dem Ziel, die Rückzahlung der inzwischen auf 636 Mio US-Dollar aufgelaufenen Tilgungsraten und Zinsen um 50 Prozent auf 318 Mio. US-Dollar zu halbieren. Diese 318 Mio. sollten zu den 2,2 Mrd. US-Dollar addiert werden, um dann die gesamte Schuldensumme neu zu strukturieren. Es sollten entweder neue Bonds oder Kreditverschreibungen mit einer deutlich längeren Laufzeit und niedrigeren Zinsen ausgegeben werden. Es wurden drei Optionen ausgearbeitet, mit einer Kapitalrückzahlung nach 10 bis 12 Jahren oder erst nach 14 bis 16 Jahren. Die vorgeschlagenen Laufzeiten hängen mit den erwarteten Staatseinnahmen aus dem Gasgeschäft zusammen, die frühestens ab dem Jahr 2028 erwartet werden.

## KRITISCHE PUNKTE

Das mosambikanische CIP (Centro de Integridade Pública) veröffentlichte am 25. März 2018 eine ausführliche Stellungnahme zu dem Treffen in London, den Vorschlägen der Regierung und deren mögliche Auswirkungen<sup>1</sup>. Die stärksten Kritikpunkte des CIP in Zusammenfassung:

- Mangelnde Transparenz der Regierung, die entgegen vorheriger Ankündigungen weder das Parlament noch die mosambikanische Zivilgesellschaft in ihre Pläne für die neuen Deals mit den Gläubigern einbezieht.
- Der Verdacht, dass die Regierung mit der Umschuldung die ab 2028 erwarteten Einnahmen aus dem Gasgeschäft bereits verpfändet; Einnahmen, die dringend im Schul- und Gesundheitssektor und für den Ausbau von Sozialleistungen gebraucht werden.
- Die Gefahr, dass die Regierung, entgegen ihrer bisherigen Aussagen, die Schulden von ProIndicus und MAM in Staatsschul-

den umwandelt, d.h. die Haftung für die Rückzahlung der Schulden der bankrotten Firmen im Falle einer Neuverhandlung übernimmt. Mit diesem Vorgehen würden einige wenige einflussreiche Persönlichkeiten, die die Kredite zu verantworten haben, vor Strafverfolgung geschützt, und zwar auf Kosten zukünftiger Generationen von mosambikanischen Steuerzahlenden, die die Milliardenschulden zurückzahlen müssen.

Die derzeitige Regierung setzt bei ihrer Kalkulation alle Hoffnung auf die zu erwartenden Gewinne aus einer einzigen nicht erneuerbaren Ressource – die Gasvorkommen – und versäumt es, an einer dringend notwendigen Diversifizierung der Wirtschaft zu arbeiten.

## HOFFNUNG ERDGAS

Die Gläubiger haben die Vorschläge der Regierung beim ersten Treffen als inakzeptabel abgelehnt. Ihnen ist jedoch auch klar, dass unter den derzeitigen wirtschaftlichen Bedingungen die Rückzahlung der Kredite im bisher vereinbarten Zeitplan unmöglich ist. Außerdem steht nach wie vor die Frage im Raum, inwieweit sich die Gläubiger, vor allem die ursprünglichen Kreditgeber Credit Suisse und die russische VTB Bank, strafbar gemacht haben, indem sie die Voraussetzungen für die Kredite (due diligence) nicht im rechtlich geforderten Rahmen geprüft haben. Von daher wird eine Umstrukturierung der Schulden mittelfristig unumgänglich sein. Die Regierung setzt dabei vor allem auf zu erwartende Einkünfte aus dem Erdgasgeschäft und darauf, dass die in den Skandal verwickelten Politiker in mehr als zehn Jahren nicht mehr im Amt sein werden. Mosambiks Wirtschafts- und Finanzminister Adriano Maleiane kündigte an, dass weitere Verhandlungsrunden mit der Gläubigergruppe stattfinden werden.

<sup>1</sup> [www.cipmoz.org/index.php/pt/financas-publicas/863-the-government-prefers-to-mortgage-gas-revenues-rather-than-hold-responsible-the-authors-of-the-hidden-debts](http://www.cipmoz.org/index.php/pt/financas-publicas/863-the-government-prefers-to-mortgage-gas-revenues-rather-than-hold-responsible-the-authors-of-the-hidden-debts)



Müssen die zukünftigen Generationen für die illegal aufgenommenen Schulden aufkommen?

Foto: CC BY-SA 2.0 Stig Nygaard

## WER ZAHLT?

Solange noch keine neuen Vereinbarungen mit den Gläubigern getroffen sind, besteht für das Parlament und die mosambikanische Zivilgesellschaft noch immer die Möglichkeit, Einfluss auf die Bedingungen für die Rückzahlung der Kredite zu nehmen. Vor allem die Frage, wer letztendlich für die Tilgung verantwortlich ist: zukünftige Generationen mosambikanischer Steuerzahler, diejenigen, die vor

Jahren die Kredite ausgehandelt haben oder die Banken, die es versäumt haben, die Legalität der Kredite in angemessenem Umfang zu prüfen. Deshalb ist es wichtig, die Verhandlungen genau zu verfolgen und einer breiten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Der KKM erklärt sich mit dem CIP, der Grupo da Dívida sowie der mosambikanischen Zivilgesellschaft solidarisch, die eine öffentliche Diskussion und mehr Transparenz von Seiten der Regierung in Bezug auf die Schuldenfrage

einfordern. Wir werden auch weiterhin über die Situation informieren und die deutsche Öffentlichkeit dafür mobilisieren, sich mit der mosambikanischen Zivilgesellschaft zu solidarisieren.

*Monika Orłowski hat viele Jahre in Mosambik gelebt und engagiert sich seit ihrer Rückkehr im KKM-Vorstand.*